

Länderbericht

Mai 2023

Auslandsbüro Spanien und Portugal

Spanien hat entschieden – und muss sich bald wieder entscheiden.

Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen vom 28. Mai 2023

Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen am 23. Juli 2023



© Infografía El Mundo

Dr. Ludger Gruber, Martin Friedek, Victor Bohnet

Abstract

Die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen haben eine weitreichende Veränderung der politischen Machtverhältnisse in Spanien zur Folge. Erhebliche Stimmengewinne der liberal-konservativen Volkspartei PP, beachtliche Zuwächse der ultrakonservativen Partei VOX, weitgehend unveränderte Stimmenanteile der sozialistischen Partei PSOE und drastische Verluste der linksradikalen und linkspopulistischen Parteien führen dazu, dass die Linkskoalitionen na-hezu flächendeckend ihre Regierungsmacht verlieren.

Aus diesem Grunde hat Ministerpräsident Pedro Sánchez (PSOE) vorzeitige Neuwahlen ausgerufen, die nun statt im Dezember 2023 am 23. Juli 2023 stattfinden werden. Spanien gleitet nahtlos von einem Wahlkampf in den nächsten.

Hervorzuhebende Wahlergebnisse

Am 28. Mai fanden in Spanien Kommunal- und Regionalwahlen statt, bei denen in allen 8.131 Kommunen insgesamt 67.031 Stadt- und Gemeinderäte und Bürgermeister sowie in 12 von 17 Autonomen Regionen neue Regionalparlamente und -regierungen bestimmt wurden.

Alle Wahlergebnisse sind im Detail unter diesem Link abrufbar: [elmundo.com](https://www.elmundo.com). Wir konzentrieren uns auf eine summarische Betrachtung der relevantesten Ergebnisse:

Diese Kommunal- und Regionalwahlen (28-M) wurden von allen maßgeblichen Akteuren von Beginn an auch als Gradmesser für die Nationalwahlen angesehen, die für Dezember 2023 vorgesehen waren. Trotz dieser Doppelperspektive sank die **Wahlbeteiligung** im Vergleich zu 2019 um 1,29% auf 63,91%.

Die **sozialistische PSOE** (Partido Socialista Obrero Español) hat dramatische Machtverluste hinnehmen müssen. Sie stellt von den 20 bevölkerungsreichsten Städten nur noch in dreien die Bürgermeister. Von 9 Autonomen Regionen hat die PSOE am vergangenen Sonntag weitere 6 verloren. Damit haben die Sozialisten wesentliche Teile ihrer lokalen wie regionalen Machtbasis eingebüßt.

Die Wahlniederlage vom 28. Mai 2023 ist der vorläufige Schlusspunkt einer längeren Serie von Wahlniederlagen auf der Regionalebene für die PSOE, beginnend in Galizien und dem Baskenland 2020, in Madrid 2021, in Castilla y León und Andalusien 2022.

PSOE verliert die meisten Stimmen in ihren Hochburgen

Differenz in Prozentpunkten zu 2019 (*2021 in Madrid)



Chart: Konrad-Adenauer-Stiftung Spanien e.V. • Source: Ministerio del Interior • Created with Datawrapper

Differenzierend ist festzuhalten, dass die PSOE als Partei nur unwesentlich verloren hat: in den Kommunen um 1,26% (ca. 400.000 Stimmen) und bei den Regionalwahlen um 0,64 % (ca.



© Depositphotos España

50.000 Stimmen). Der Machtverlust ergibt sich vielmehr aus dem Wegbrechen ihrer Koalitionspartner aus dem linkspopulistischen bis linksextremen Spektrum (darunter u.a. Podemos, Compromís, Izquierda Unida, Chunta).

Ein verbleibender Leuchtturm für die PSOE bleibt Castilla-La Mancha, wo der sozialistische Regierungschef Emilio García Page, ein entschiedener interner Kritiker von Präsident Pedro Sánchez, die absolute Mehrheit knapp behaupten konnte. Zudem werden die Sozialisten in Asturien in Koalition mit linkspopulistischen bis linksextremen Kräften (IU, Podemos) vermutlich weiterregieren. Auch auf den Kanarischen Inseln dürfte die PSOE aufgrund ihres Stimmengewichtes in die Regierungsbildung involviert sein.

Die PSOE rang der PP keine einzige Autonome Gemeinschaft ab.

Die linksextreme **Podemos**, Koalitionspartner der PSOE auf Nationalebene, ist faktisch von der politischen Landkarte auf Kommunal- und Regionalebene verschwunden. Sie erhielt die Quittung für eine Gesetzgebung, die eine Mehrheit der Spanierinnen und Spanier entschieden ablehnte (siehe Gründe für die Wahlergebnisse). Dieser Parteineugründung von 2014, die womöglich wie die liberale Ciudadanos von der Parteienlandschaft zu verschwinden droht, setzte auch die Zersplitterung des linken Lagers zu. Neugründungen wie das Wahlbündnis „Sumar“ und andere Strömungen wie Compromís, Más Madrid, Más País, Izquierda Unida standen in Konkurrenz zueinander.

Am dramatischsten war der Einbruch von Unidas Podemos in der Autonomen Gemeinschaft Valencia, einer ihrer wichtigsten Hochburgen, wo sie acht Abgeordnete verlor und mit den verbliebenen 3,5% an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Ebenso wenig schafften es die extremen Linken ins valenzianische Stadtparlament. Noch schmerzhafter ist der Verlust ihrer Repräsentation in der Autonomen Gemeinschaft Madrid, wo sie es ebenfalls weder ins Regionalparlament noch in den Stadtrat über die Fünf-Prozent-Hürde einziehen konnten. Das Gleiche geschah auf den Kanarischen Inseln. In Aragón, La Rioja und auf den Balearen verloren die Linkspopulisten und Kommunisten zudem jedwede Chance auf eine Regierungsbeteiligung

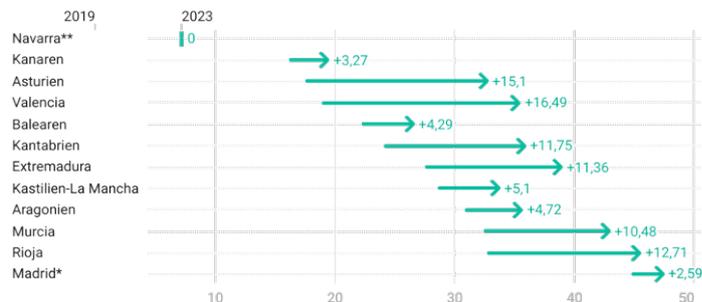
und behalten nur einige Abgeordnete in Reststärke. Lediglich in Navarra legten sie, in einem generellen Klima der politischen Polarisierung, um eines auf insgesamt drei Mandate zu.

Im bürgerlichen Spektrum konnte die **liberalkonservative Volkspartei PP** (Partido Popular) auf Kommunalebene um 8,91% und auf Regionalebene um 8,72 % zulegen. Das sind ca. 1, 9 Mio. Stimmen mehr auf Kommunalebene. Sie schaffte es, ca. 1,6 Mio. Stimmen der liberalen Ciudadanos aufzusaugen.

Die PP konnte in den Regionen Madrid und La Rioja absolute Mehrheiten erringen. Madrid sticht insofern hervor, als es der PP gelungen ist, eine doppelte absolute Mehrheit für Land und Stadt Madrid zu erzielen. Sowohl Ministerpräsidentin Isabel Díaz Ayuso als auch Bürgermeister José Luis Martínez-Almeida sind als Amtsinhaber/-in in die Wahl gegangen. PP vermochte nicht nur in den klassischen wohlhabenderen Stadtteilen, sondern auch im sogenannten „roten Gürtel“ gewinnen. Das sind Stadtteile mit einkommensschwächeren Bevölkerungen, die seit Jahrzehnten von sozialistischen Bürgermeistern regiert worden waren.

PP verzeichnet in allen Regionen einen Zuwachs an Stimmen

Differenz in Prozentpunkten zu 2019 (*2021 in Madrid). **PP trat 2019 in Navarra nicht an.



Grafik: Konrad-Adenauer-Stiftung Spanien e.V. • Quelle: Ministerio del Interior • Erstellt mit Datawrapper

Die PP konnte neue relative Mehrheiten in Valencia, Murcia, Aragón, Kantabrien sowie auf den Balearen hinzugewinnen. Zudem besteht für die PP die Option, eine Regionalregierung in Extremadura zu bilden, falls Vox diese bspw. dulden sollte.

Auf der Kommunalebene gewann die PP gegenüber der PSOE, weil sie mit 7,05 Mio. Stimmen bzw. 31,5% spanienweit rund 750.000 Stimmen mehr erhielt als die PSOE (6,29 Mio. Stimmen bzw. 28,1%). Mit 23.412 Stadt- und Gemeinderäten erhielt die PP knapp 3.000 Mandate mehr als die PSOE (20.784). Mit Madrid, Murcia, Almería, Badajoz, Cádiz, Córdoba, Granada, Logroño, Málaga, Melilla, Oviedo, Salamanca, Santander und Teruel holte die PP absolute Mehrheiten in vielen relevanten Groß- und Provinzhauptstädte.

Meistgewählte Partei in den bevölkerungsreichsten spanischen Städten			
*MM: Más Madrid (linksalternativ), ERC: Esquerra Republicana de Catalunya (links-sezessionistisch), COM: Compromís (linksnationalistisch), CM: JuntsxCat (rechtsliberal-sezessionistisch)			
Gemeinde	2019		2023
Madrid	MM*	->	PP
Barcelona	ERC*	->	CM*
Valencia	COM*	->	PP
Sevilla	PSOE	->	PP
Zaragoza	PSOE	->	PP
Málaga	PP	->	PP
Murcia	PP	->	PP
Palma	PSOE	->	PP
Las Palmas de Gran Canaria	PSOE	->	PSOE

Table: Konrad-Adenauer-Stiftung Spanien e.V. - Source: Ministerio del Interior - Created with Datavrapper

Da die Bürgermeister der spanischen Städte und Gemeinden in nur einem Wahlgang und bei fehlender absoluter Mehrheit mit einfachen Mehrheiten gewählt werden, besitzt die PP die Chance, auch in Valencia, Sevilla, Albacete, Alicante, Burgos, Cáceres, Castellón, Ceuta, Ciudad Real, Guadajajara, Huelva, Huesca, Palma, Segovia, Valladolid und Zaragoza zu regieren.

Auch die liberale Ciudadanos (C's), erst 2006 gegründet, droht von der politischen Landkarte wieder zu verschwinden. Sie konnte keinen einzi-

gen Regionalabgeordneten neu hinzugewinnen und hält in ganz Spanien nur noch 392 Stadt- und Gemeinderäte (-2.395).

Die ultrakonservative **Vox** konnte ihr Stimmenergebnis von 812.804 (2019) auf 1,61 Mio. (2023) verdoppeln, wodurch sich die Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte, die künftig durch Vox repräsentiert werden, verdreifacht hat (1.695). Damit stieg Vox im Ranking zur drittstärksten Kraft (7,2%) auf. Die Ultrakonservativen wachsen in ganz Spanien und können ihre territoriale Abdeckung vervollständigen, indem sie nun auch in die Regionalparlamente von Castilla-La Mancha, Comunidad Valenciana, Extremadura, La Rioja und Navarra einziehen. Nur das schlechte Abschneiden in der Autonomen Gemeinschaft Madrid, wo die Partei drei Mandate verlor (2021: 13, 2023: 10), ist ein Wermutstropfen für den Vorsitzenden Santiago Abascal.

Erste politische Bewertungen

Die meisten Umfrageinstitute prognostizierten zwar ein Erstarren von PP und VOX, keines jedoch nur annähernd in diesem Ausmaß. Die drastischste Fehleinschätzung lieferte das staatliche Umfrageinstitut CIS, das (noch) von einem Vertrauten von Ministerpräsident Sánchez geleitet wird und die PSOE immer vorne gesehen hat. Unter Fachleuten der empirischen Sozial- und Wahlforschung setzt eine selbstkritische Debatte darüber ein, inwieweit neue Erhebungswerkzeuge entwickelt werden müssten.

Das Wahlergebnis ist umso erstaunlicher, als überwiegend anerkannte sozialistische Amtsinhaber ins Rennen gegangen sind, die ihren oft unerfahreneren oder weniger starken Herausforderern von der PP als überlegen galten. Hinzu kommt, dass der jetzigen Führung zumindest extern attestiert wird, Spanien gut durch die Krise geführt zu haben.

Die wirtschaftliche Lage Spaniens gilt im Vergleich Europas als verhältnismäßig gut. Sánchez hat unzählige Sozialleistungen und -programme umgesetzt bzw. häufig neue Maßnahmen im Wahlkampf angekündigt. Diese reichen von Rentenerhöhungen in zweistelliger Prozentzahl über die Erhöhung des Mindestlohnes über Mietdeckel, staatliche Förderungen von Sozialwohnungen, staatlichen Hypothekenbürgschaften von 20% der Kaufsumme für junge Käufer

von Wohneigentum als Erstwohnsitz bis hin zu mehr Stipendien und zur Subvention von Interrail-Tickets oder vergünstigten Kinoeintritten für Senioren.

Über die Gründe des Debakels haben die Wahlverlierer bislang kein Wort verloren. Durch die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen (siehe dort) wird eine Aufarbeitung der Wahl inklusive der Suche nach Gründen und Verantwortlichkeiten innerhalb der PSOE und von Podemos erstmal ausbleiben.

Mangels detaillierter Studien und der Zurückhaltung der Akteure kann man sich als Beobachter erstmal nur an Erklärungsversuche annähern. Bill Clintons häufig zitierter Satz „It´s the economy, stupid“ trifft offenbar nicht vollständig zu. Immaterielle Faktoren spielten bei diesen Wahlen eine Rolle:

Dass die Regierung Sánchez das Strafrecht, das für die gesamte Gesellschaft gilt, zugunsten inhaftierter oder vorbestrafter Separatistenführer maßgeschneidert ändern ließ, hat das Rechtsbewusstsein vieler Spanier auch innerhalb der PSOE verletzt.

Die handwerklich schlampige Reform des Sexualstrafrechts, die zur Freilassung von über 100 und zur Strafmilderung für über 1000 Sexualstraftätern führte und noch führt, hat die Glaubwürdigkeit der Linksregierung, die sich besonders dem Schutz der Frauen verschrieben hatte, nachhaltig beschädigt.

Zahlreiche interventionistische gesellschafts- und bildungspolitische Vorhaben gingen großen Teilen der Bevölkerung und den Eltern zu weit. Vor allem der linksextreme Koalitionspartner Podemos versuchte, durch zahlreiche Gesetze für Minderheiten, für Gleichheit oder für Emanzipation die als vermeintlich patriarchalisch-machistische, hierarchisierte, als rückständig empfundene Gesellschaft zu verändern. Dabei zeigt ein Überblick über die Wahlprogramme, dass bis auf Vox keine Partei die erreichte Modernisierung der Gesellschaft rückgängig machen möchte, wohl aber Überdehnungen und Übertreibungen ablehnen.

Immer mehr Menschen wenden sich gegen eine empfundene Übergriffigkeit staatlicher Stellen, verbunden mit einem ideologischen Dogmatismus, mit dem insbesondere Podemos in der Regierung agierte. Es war vor allem Podemos, die – geduldet von PSOE – eine scharfe Polarisierung in die Gesellschaft trug. So schaffte es die Gleichheitsministerin von Podemos, Irene Montero, den eigentlich starken Feminismus in Spanien zu zersplittern. Eine große Mehrheit der Frauen lehnen den konfrontativen Feminismus zugunsten eines kooperativen Feminismus ab.

Es ist auch wahrscheinlich, dass insbesondere die Mittelschicht, die stark unter den ökonomischen Corona-Folgen und der Inflation leidet, den schuldenfinanzierten Sozialprogrammen mit Argwohn begegneten. Alle staatlichen Ausgaben müssen letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern selbst oder von ihren Kindern zurückgezahlt werden. Dass die Zuweisungen vor allem größeren Gruppen gewidmet waren, die von öffentlichen Alimentationen abhängen und überwiegend zum Elektorat von PSOE und Podemos gehören, erzeugte eine Art Ungerechtigkeitsgefühl und dürfte auch nicht zur Akzeptanz beigetragen haben. Auch ist vielen Menschen nahezu intuitiv klar, dass diese Ausgaben auch nicht durch eine höhere Besteuerung der Reichen oder durch eine Übergewinnsteuer für Banken oder Energiekonzerne alleine aufgefangen werden können. Immer wieder klafften auch die gute Absicht und die tatsächliche Wirkung auseinander. So verknappte der Mietendeckel das Angebot verfügbaren Wohnraumes um 17% und verteuerte sogar die Mieten.

Die Regierung Sánchez gab insbesondere im vergangenen halben Jahr ein Bild der ständigen Zerstrittenheit ab. Auf offener Bühne kritisierte der Koalitionspartner Podemos sicherheitspolitische Zusagen von Sánchez gegenüber der NATO. Sánchez wiederum entschied seine 180-Grad Volte in der Saharapolitik gegenüber Marokko im Alleingang. Offen bleibt dabei bisher nach wie vor die Rolle Marokkos in der Spionageaffäre Pegasus, hinsichtlich derer eine Untersuchungskommission des Europäischen Parlaments Hinweise für eine mögliche Urheberschaft im südlichen Nachbarstaat sieht. Bei der bereits erwähnten Nachbesserung bei der Reform des Sexualstrafrechts stimmten die Koalitionspartner PSOE und Podemos offen gegeneinander.

Eine größere Negativwirkung als vermutet entfaltete die Ankündigung der aus der aufgelösten ETA hervorgegangenen baskischen Partei EH-Bildu, rechtmäßig verurteilte Attentäter, in einigen deutschen Medien verniedlichend als „Kämpfer“ bezeichnet, als Kandidaten aufzustellen. Diese Maßnahme verletzte das Selbstverständnis vieler Spanierinnen und Spanier, für die über 800 ETA-Opfer noch nicht Geschichte ist, unter der man mal eben einen Schlussstrich ziehen könnte. Zwar haben einige Kandidaten zurückgezogen, doch blieb der politische Schaden auch für die PSOE und für Sánchez, der mit EH-Bildu paktierte.

In Summe lässt sich das Wahlergebnis so erklären, dass eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler den vielfach beschworenen Fortschritt (Progresismo) im Ergebnis nicht als einen solchen empfanden, sondern eine Veränderung wünschen.

Einige Ministerpräsidenten der PSOE, die sogenannten „Barones“, hatten schon vor einem Jahr Sánchez aufgefordert, die Koalition mit Podemos zu beenden, weil sie PSOE mehr schade als nutze. Umso erstaunlicher ist die von Sánchez erzwungene Wahlkampfstrategie, in Anbetracht der geschilderten Stimmungslage just mit nationalen Themen und mit der Fokussierung auf seine (umstrittene) Person die Wahlkampagnen in den Kommunen und Regionen zu bestreiten. Damit verstärkte er die Intention der PP-Wahlkampfstrategen sogar, die Kommunal- und Regionalwahlen zu Denkmittelwahlen und zu einem Plebiszit gegen den „Sanchismo“ umzufunktionieren.

Nach den Wahlen von 2019 schien die lange erste Phase der spanischen Demokratie seit 1978, die durch ein System zweier alternierender großer Parteien (PP und PSOE) mit jeweils kleineren Partnern geprägt war (bipartidismo), durch ein Multiparteiensystem abgelöst worden zu sein. Mit dem Verschwinden der liberalen Ciudadanos und den massiven Einbrüchen von Podemos scheint sich das Pendel wieder in eine andere Richtung zu bewegen. Der Stimmenanteil der großen Parteien PP und PSOE nahm von 52,0% im Jahr 2019 auf fast 60,0% bei diesen Wahlen 2023 zu.

Politikwissenschaftlich interessant erscheint auch, dass selbst in parlamentarischen Demokratien noch absolute Mehrheiten möglich sind. Dafür sind zum einen starke und charismatische Führungspersönlichkeiten nötig, zum anderen aber auch ein Politikangebot, das sehr breit angelegt ist. Die Regionalpräsidentin von Madrid, Isabel Diaz Ayuso, hätte keine so klare absolute Mehrheit erzielt, wenn Sie, wie häufig beschrieben, nur radikal wäre und ein konservativ verengtes Politikangebot unterbreiten würde. Eine Detailanalyse des ca. 160-Seiten umfassenden Wahlprogramms der PP belegt, dass wir es hier mit dem breiten Angebot einer Volkspartei zu tun haben, in dem Tradition und Moderne, liberale Freiheiten und Sozialverantwortung, Offenheit und Ordnung, Jugendförderung und Altenpolitik, Föderalismus und Einheit Spaniens u.v.m. integriert zusammen gedacht wird. Das gilt im Übrigen auch für das

Wahlprogramm der PSOE in Madrid, das – noch umfangreicher – erstaunlich viel Übereinstimmung mit dem PP-Programm aufweist. Es ist bedauerlich, dass bei aller Polarisierung in der machtpolitischen Auseinandersetzung diese Gemeinsamkeiten nicht zum Tragen kommen. Vielleicht gelingt das in der Zukunft.

Die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen auf den 23. Juli 2023

Keine 16 Stunden nach Schließung der Wahllokale verkündete Ministerpräsident Pedro Sánchez, dass er die für Dezember 2023 vorgesehenen Wahlen auf den 23. Juli vorziehen werde.

Der Wortlaut der Erklärung lässt auf den ersten Blick den Schluss zu, dass er Verantwortung für das desaströse Wahlergebnis und der machtpolitischen Folgen insbesondere für die PSOE übernehmen werde. Bei genauerem Hinsehen drängt sich der gegenteilige Eindruck auf. Eine kritische Selbstreflexion, die Beendigung seiner Koalition mit Podemos und der Duldung durch die separatistischen Parteien oder gar sein Rücktritt wären Zeichen von Verantwortungsübernahme gewesen. Die Opposition, Medien und Beobachter vermuten folgende Gründe für diese Entscheidung, von der noch spekuliert wird, ob sie in der Wahlnacht getroffen oder als ein mögliches Szenario vorgedacht war:

- Vordergründig zeigt Sánchez Reue. Mit einer schnellen Neuwahl verhindert er eine interne Aufarbeitung innerhalb der PSOE, bei der eine interne Revolte bis hin zu seiner Absetzung möglich erscheint.
- Sánchez vermeidet eine halbjährige Agonie mit dem Mühlstein „Podemos“ oder gar ein offizielles vorzeitiges Ende der Koalition. Für einen Neustart setzt er auf die extreme Linke. Diese wird nun sogar zu einem schnellen Zusammenschluss gezwungen, um die Fragmentierung zu beenden.
- Ein „Reiten auf der Erfolgswelle“ der PP wurde durch die Ankündigung abrupt gestoppt. Möglicherweise hofft Sánchez, dass die PP weder programmatisch noch personell ausreichend auf die Nationalwahlen vorbereitet ist und dieses Defizit in den kommenden Wochen nicht mehr beheben kann.
- Sánchez erlangt durch die baldigen Wahlen wieder selbst die Offensive. Er bereitet das alt-neue Schwarz-Weiß-Narrativ vor: Er selbst, PSOE und Sumar als Fortschrittliche auf der einen Seite, PP und VOX als Reaktionäre auf der anderen Seite. Er wird PP und VOX immer gleichsetzen. Für seine Kampagne wird ihm von Nutzen sein, dass punktuell PP und VOX Koalitionen für Regierungsbildungen auf Kommunal- oder Regionalebene eingehen müssen.
- Sánchez kann mit der schnellen Neuwahl eigene PSOE-Wähler und Unentschlossene neu mobilisieren, um sich gegen die drohende „reaktionäre Welle“ zu stemmen.
- Ausschlaggebend dürfte das Ergebnis einer Extrapolation der Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen auf mögliche Nationalwahlen sein, demzufolge die PSOE „nur“ drei Prozent auf PP aufholen müsse.

In Summe erscheinen alle Argumente dem Ziel zu dienen, sich selbst an der Macht zu halten. Es wird sich zeigen, ob diese Kalkulationen aufgehen. Aus externer Sicht erstaunt, dass Sánchez auf die gleiche politische Konstellation und auf die gleiche Strategie setzt, die nach überwältigender Auffassung zu den für die Linke so negativen Ergebnissen am 28. Mai geführt hat. Es erscheint auch optimistisch zu glauben, dass die sehr verärgerten Barone und ihre vielen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die den Verlust ihrer Mandate letztlich Sánchez zuschreiben, sich nun erneut für ihn engagiert einsetzen. Ebenso fraglich ist, ob die Spanier dieser schematischen Zweiteilung des Landes mit der damit verbundenen Polarisierung müde sind und ob das Bild „Fortschritt gegen Rückschritt“ überhaupt noch verfängt. Es ist möglich, dass die Menschen das politische, fast machiavellistisch anmutende „Spiel“ („Juego“) intuitiv verurteilen und entsprechend quittieren – durch Wahlenthaltung oder durch die Wahl einer anderen Partei. Entsprechende nicht repräsentative Gespräche mit Taxifahrern, Verkäufern etc. deuten in diese Richtung.

Die ersten Reaktionen der PP zeigen, dass Gegenstrategien gegen Sánchez bereits vorüberlegt waren. Die PP wird der erneuten Polarisierung die Botschaft der Einheit, des Vertrauens und der Integration entgegenzusetzen. Sie möchte, wo es eben geht, Koalitionen mit VOX vermeiden. In fast allen Kommunen wird das gelingen, weil die Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen mit einfacher Mehrheit gewählt werden können. Das muss landesweit am 17. Juni erfolgen.

In den Autonomen Regionen gibt es eine größere zeitliche Flexibilität. Die Statuten der Regionalparlamente sind unterschiedlich. Auch dort haben die PP-Vertretungen angekündigt, wenn irgend möglich ohne Vox Regierungen zu bilden. Es muss sich im Einzelfall zeigen, ob andere Duldungsmodelle möglich sind, wie beispielsweise in Kantabrien. Hier hätte auch die PSOE eine Möglichkeit zu zeigen, dass sie nicht nur rhetorisch gegen VOX ist, sondern durch die Anerkennung der meist gewählten Liste (lista más votada) ihrer Verantwortung gerecht wird und dazu beiträgt, Vox von der Macht fernzuhalten.



© Europa Press

Das politische Spanien ist nun in einen extremen Stresszustand versetzt. Bis zum 9. Juni müssen die möglichen Wahlkoalitionen, bis zum 19. Juni die Kandidatenlisten offiziell registriert sein. Am 7. Juli beginnt die Wahlkampagne. Und am 23. Juli müssen die Spanier und Spanierinnen erneut entscheiden!

Anhang

Weitere relevante Ergebnisse aus den Regionen im Überblick

Autonome Gemeinschaft Valencia und Valencia-Stadt

Die PP übertraf in der Autonomen Gemeinschaft Valencia mit großem Abstand alle Prognosen und verdoppelte ihre Mandatszahl (von 30 Mandaten im Jahr 2019 (26,8%) auf 40 Mandate im Jahr 2023 (35,4%)). Auch in Valencia-Stadt verzeichnete PP ein überraschend gutes Ergebnis, wo sie dank ihres Zuwachses von 21,8% im Jahr 2019 (8 Sitze im Stadtrat) auf 36,6% im Jahr 2023 (13 Sitze im Stadtrat) in der Lage sein wird den Regierungswechsel ohne eine Koalitionsbildung zu vollziehen, da Vox sich zumindest enthalten müssen wird, weil Vox ansonsten eine linksgerichtete Regierung fördern würde.

Sevilla-Stadt

Seit Beginn der Demokratie in Spanien gilt Sevilla als eine Hochburg des Sozialismus. Daher stellt der erstmalige Wahlsieg der PP in dieser Kommune einen der symbolträchtigsten Erfolg dar, der zeigt, wie stark der Wille zum Wechsel vielerorts war. Die Autonome Gemeinschaft Andalusien wird seit der Demokratischen Transition überhaupt erst seit dem Jahr 2019 zum ersten Mal von der Partido Popular regiert. Vorher waren über 40 Jahre die Sozialisten an der Macht. Die PP siegte auf kommunaler Ebene jedoch, bis auf Jaén, auch noch in allen weiteren andalusischen Provinzhauptstädten (Almería, Cádiz, Córdoba, Granada, Huelva, Málaga, Sevilla).

Im Falle von Cádiz ist interessant, dass die Stadt seit 2015 von dem landesweit bekannten regionalistischen Linkspopulisten José María González Santos („Kichi“) regiert wurde. Laut Umfragen vor der Wahl war die Bevölkerung jedoch in jüngster Vergangenheit mehrheitlich nicht mehr mit seiner Geschäftsführung zufrieden. Auch standen Adelante Andalucía und Podemos in dieser Kommune miteinander im Wettbewerb. Trotzdem sahen selbst die optimistischsten Umfragen nicht vor, dass die PP eine absolute Mehrheit würde holen können.

Aragón

Diese Region steht sinnbildlich für die Stärken und Schwächen Spaniens. Die Region, die in vielerlei Hinsicht eine durchschnittliche, aber aufstrebende Region Spaniens ist, vor allem dank der Entwicklung ihrer Hauptstadt Saragossa am Knotenpunkt der wichtigsten spanischen Industriezentren Madrid, Barcelona und Bilbao, wird gleichzeitig von einem der Kernprobleme Spaniens geplagt: der Landflucht. Neben dem unvorhersehbaren Ausgang der Wahlen ist dies ein weiterer Grund, warum den Wahlergebnissen in dieser Region besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Frage war, ob die vielen kleinen regionalen Splitterparteien, die in den letzten Jahren mit ihren Forderungen nach mehr Mitteln für die ländlichen Regionen einen politischen Trend ausgelöst haben, PSOE nach dem Aufstieg von PP und Vox noch an die Macht hieven könnten.

Alle Umfragen sagten ein Patt zwischen dem von dem PSOE geführten Linksbündnis und dem Rechtsbündnis aus PP und Vox voraus, was der in der Region ansässigen Partei Teruel Existe eine entscheidende Rolle als Königsmacher einräumte. Entgegen den Erwartungen verloren die regionalen Parteien an Stärke, so dass PP und Vox nach einem beträchtlichen Zuwachs von 16 auf 28 bzw. von 3 auf 7 Sitze keine weitere Unterstützung für die Regierungsbildung benötigen.

Weitere Gebietsgewinne der PP (Extremadura, Balearen, La Rioja, Melilla)

Obwohl sie gemessen an ihrer Bevölkerungszahl nicht ganz so bedeutend sind, sind sie dennoch symbolträchtig und überraschend für den unerwarteten Wahlausgang: Extremadura, die Balearen, La Rioja und die kleine autonome Exklave in Afrika, Melilla, fallen allesamt an die PP zurück, obwohl die meisten Prognosen ein knappes Rennen vorausgesagt hatten.

Vor allem Extremadura, die lange als Hochburg der Sozialisten galt, war die unerwartetste Belohnung für die PP, die nach dem gestrigen Endergebnis mit der PSOE gleichauf liegt, aber wahrscheinlich auf die fünf gewählten Vox-Abgeordneten zählen kann, während der PSOE-Bündnispartner Podemos nur vier Sitze hat.

Ein deutlicher Rechtsruck fand auch auf den Balearen statt, wo der Ausgang laut Umfragen höchst ungewiss war. Sowohl die PP, die von 16 auf 25 Sitze zulegte, als auch Vox, die mit einem Zuwachs von 3 auf 8 Sitze drittstärkste Kraft wurde, verzeichneten starke Wahlsiege und drängten das bisherige linksnationalistische Bündnis mit PSOE, Podemos und kleinen nationalistischen Splitterparteien deutlich zurück. Unter Einbeziehung Valencias sind diese Ergebnisse auch vor dem Hintergrund einer unterschwellig katalanischen Bewegung von Bedeutung, die in den letzten Jahren neben Katalonien auch auf den katalanisch sprachigen Balearen und in Valencia aufkeimte.

Der einzige Regierungswechsel, der laut Umfragen für die PP zusammen mit Vox so gut wie feststand, fand in der kleinen Region La Rioja statt, die historisch gesehen immer den Konservativen zugerechnet wurde. Aber auch hier erreichte die PP unerwartet eine absolute Mehrheit mit 17 Sitzen, statt der ursprünglichen 12. Damit ist La Rioja, zusammen mit der autonomen Stadt Melilla, die einzige Region, in der sie das Bündnis mit Vox vermeiden kann. Selbst die Rückgewinnung der Exklave für die PP mit Unterstützung von Vox schien laut Umfragen im Vorfeld durchaus wahrscheinlich; spätestens nachdem der dortige Hauptkonkurrent der PP, die Coalición por Melilla, in eine Wahlbetrugsaffäre verwickelt war, schien die nun solide erreichte absolute Mehrheit in greifbarer Nähe.

PSOEs letzte Bastionen (Asturien, Navarra und Castilla-La Mancha)

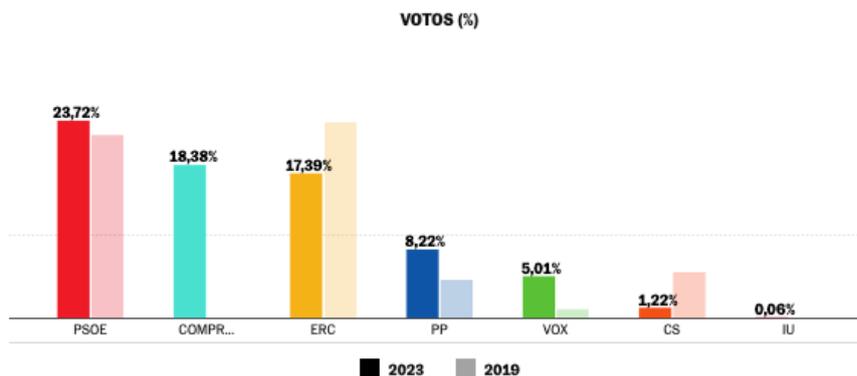
PSOE gelang es trotz des Zuwachses an PP und Vox Stimmen ihre Hochburg Asturien weiterhin zu behalten.

Baskenland und Katalonien

Im Baskenland wurden nur Kommunalwahlen abgehalten. Die Regionalwahlen finden erst 2024 statt. Die legale Nachfolgepartei EH-Bildu der ehemaligen Terrororganisation ETA, die von 1958 bis 2018 bestand und in Spanien zwischen 1968 und 2009 über 850 Menschen ermordete und über 3000 verletzte, gewann im ganzen Baskenland an Boden und erhöhte ihren

Stimmenanteil auf 29,2% (+4,5%). In der Provinzhauptstadt Vitoria konnte sie sogar den Wahlsieg holen. EH Bildu nähert sich mit ihren Wahlsiegen von linksaußen immer mehr der konservativen nationalistischen Regionalpartei PNV (31,7%) an, die bisher im ganzen Baskenland hegemonisch war und auch auf nationaler Ebene in mehreren Legislaturperioden ausschlaggebend für die Amtseinsetzung von mehreren Ministerpräsidenten - sowohl von der PSOE als auch von der PP - und die Verabschiedung vieler wichtiger Gesetze war. Im Sommer 2018 gelang der Sturz Mariano Rajoy ebenfalls nur dank der Stimmen der PNV, die kurz zuvor noch den jährlichen Haushalt mit der PP beschloss. EH Bildu hält mit 1050 Mandaten nun erstmals mehr Stadträte im Baskenland als die PNV (981). Tendenziell gehen viele Beobachter davon aus, dass dieser Aufwärtstrend für EH Bildu auch 2024 anhalten dürfte. Denn nicht zuletzt die "neue" PSOE des "Sanchismo" hat EH Bildu bei vielen baskischen Wählern salonfähig gemacht, die vielleicht vergessen haben oder nicht wissen, dass ETA auch die baskischen Sozialisten verfolgte und über die Jahre zwölf sozialistische Politiker ermordete.

In Katalonien hat sich die sozialistische PSC an die erste Stelle geschoben. Einen herben Dämpfer musste die derzeit auf Regionalebene regierende ERC hinnehmen, die auf den dritten Platz abgerutscht ist.



In Barcelona wird Xavier Trias von Junts die amtierende Bürgermeisterin Colau von Barcelona en Comú ablösen. In den nächsten Tagen und Wochen muss sich erst die unübersichtliche Lage und mögliche Koalitionsoptionen klären. Auch die Frage, welche Folgen die Ergebnisse für die Separationsbewegungen haben, kann erst zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

Wahlergebnisse Kommunalwahlen

Parteien	2023			2019			Differenz der Anzahl an Stadträte zu 2019	Differenz Stimmen in Prozentpunkte zu 2019
	Stadträte	Stimmen	%	Stadträte	Stimmen	%		
PP	23.412	7.054.887	31,53%	20.364	5.154.728	22,62%	3.048	8.91%
PSOE	20.784	6.291.812	28,12%	22.341	6.695.553	29,38%	-1.557	-1.26%
ERC	2.903	524.772	2,34%	3.125	829.005	3,63%	-222	-1.29%
Junts	2.683	552.721	2,47%	2.804	558.508	2,45%	-121	0.02%
Vox	1.695	1.608.401	7,19%	530	812.804	3,56%	1.165	3.63%
EH Bildu	1.399	366.339	1,63%	1.262	348.359	1,52%	137	0.11%
PNV	986	322.579	1,44%	1.055	403.958	1,77%	-69	-0.33%
Wahlbeteiligung		63,9%			65,19%			

Table: Konrad-Adenauer-Stiftung Spanien e.V. • Source: Ministerio del Interior • Created with Datawrapper



Länderbericht

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Ludger Gruber
Auslandsmitarbeiter
Auslandsbüro Spanien und Portugal
www.kas.de/spanien
ludger.gruber@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)